

VERBRAUCHERPOLITIK EU AKTUELL

Ausgabe 19 | 14. bis 27. Oktober 2019

INHALT:

- Allgemeine EU-Verbraucherpolitik
- Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr
- Finanzdienstleistungen
- Gesundheit / Ernährung
- Telekommunikation / Medien / Internet
- Wirtschaftsfragen / Wettbewerb
- Terminvorschau

ALLGEMEINE EU-VERBRAUCHERPOLITIK

Nach Thomas Cook-Insolvenz: EU-Parlament fordert besseren Schutz für Verbraucher

Das EU-Parlament forderte am 24. Oktober 2019 die EU-Staaten auf, bestehende EU-Instrumente in vollem Umfang zu nutzen, um die Auswirkungen der Thomas Cook-Insolvenz zu mildern. Die Abgeordneten weisen darauf hin, dass 32 Fluggesellschaften seit 2017 in Konkurs gegangen sind. Sie bitten die EU-Kommission zu prüfen, ob neue Maßnahmen erforderlich sind, um solche Situationen zu verhindern. Um den Verbraucherschutz im Fall einer Insolvenz zu verbessern, sollten Garantiefonds oder Versicherungsverträge von Fluggesellschaften in die EU-Bestimmungen über Fluggastrechte aufgenommen werden. Diese würden derzeit überarbeitet, eine Einigung der EU-Mitgliedstaaten auf ihren gemeinsamen Standpunkt stehe noch aus.

Der Vorstand des vzbv, Klaus Müller, kommentierte: „Die Insolvenz von Thomas Cook sorgt für große Verunsicherung bei deutschen Reisenden. Thomas Cook muss nun zügig mit dem Insolvenzversicherer sowie mit Airlines und Transportunternehmen sprechen, um den Rücktransport der gestrandeten deutschen Urlauber zu organisieren.“

Gerade Pauschalurlauber wähten sich nach den Airline-Pleiten der vergangenen Jahre in Sicherheit. Denn Pauschalreiseanbieter müssen sich gegen Insolvenz versichern. Der Verbraucherzentrale Bundesverband macht aber bereits seit Langem darauf aufmerksam, dass der Höchstbetrag der Absicherung von 110 Millionen Euro pro Reiseveranstalter und Jahr deutlich angehoben werden

Impressum

Verbraucherzentrale
Bundesverband e.V.

Rudi-Dutschke-Str. 17

10969 Berlin

Leiterin Team Brüssel

Isabelle Buscke

isabelle.buscke@vzbv.de

Anregungen zum Newsletter
nehmen wir gerne entgegen.

muss. Denn ob der Betrag bei der Pleite eines Branchenschwergewichts ausreicht, ist nicht sicher.

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz hatte vor drei Jahren angekündigt, ein Gutachten darüber einzuholen, ob und um wieviel der Höchstbetrag angehoben werden muss. Bis heute liegt kein Gutachten vor.

Nun stellt sich die Frage, ob Verbraucherinnen und Verbraucher im Fall der Thomas-Cook-Pleite überhaupt komplett abgesichert sind. Die Bundesregierung muss endlich dafür sorgen, dass alle Pauschalreisenden im Falle der Insolvenz eines großen Reiseanbieters ein zu 100 Prozent verlässliches Sicherheitsnetz haben. Die Zeit drängt.“

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20191017IPR64571/thomas-cook-insolvenz-ep-fordert-besseren-schutz-fur-kunden-und-arbeitnehmer>

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2019-0047_DE.html

<https://www.vzbv.de/pressemitteilung/pauschalurlauber-besser-absichern>

BAUEN / ENERGIE / UMWELT / VERKEHR

EU-Parlament protestiert gegen abgeschwächten Bienenschutz

Das EU-Parlament hat am 23. Oktober 2019 in einer nichtbindenden Entschließung den Entwurf einer Durchführungsverordnung der EU-Kommission zum Schutz von Bienen abgelehnt. Der ursprüngliche Entwurf der EU-Kommission sollte die 2013 veröffentlichten Leitlinien der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) zur Reduzierung des Einsatzes von bienenschädlichen Pestiziden in EU-Recht umsetzen. In den Leitlinien wird definiert, wie Pestizide getestet werden müssen, um die Bienen sowohl vor akuter als auch vor chronischer Belastung zu schützen. Den EFSA-Vorschlägen gemäß wären Pestizide nur weiterhin verkäuflich gewesen, wenn sie diese neuen Tests bestanden hätten. Die meisten EU-Mitgliedstaaten hätten dieses Vorgehen jedoch abgelehnt und so die EU-Kommission zu einem abgeschwächten Vorschlag gezwungen, der nur Bestimmungen zum Schutz vor akuter Pestizidbelastung enthalte.

Der EU-Ministerrat erhob am 24. Oktober 2019 jedoch keine Einwände gegen die Durchführungsverordnung hinsichtlich der Bewertung der Auswirkungen von Pflanzenschutzmitteln auf Honigbienen. Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft. Sie gilt ab dem 1. Januar 2020.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20191017IPR64573/parlament-blockiert-versuch-der-eu-staaten-bienenschutz-abzuschwachen>

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2019-0041_DE.html

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-11556-2019-INIT/de/pdf>

FINANZDIENSTLEISTUNGEN

1. Europäische Zentralbank bekräftigt Festhalten an Niedrigzinspolitik

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) hat am 24. Oktober 2019 den Leitzins bei null belassen. Banken erhalten weiterhin Zentralbankgeld („Liquidität“) zum Nulltarif. Um die Kreditvergabe an Verbraucher und Unternehmen anzukurbeln, werden Guthaben der Banken bei der EZB weiterhin mit einem Strafzins belegt. Dieser beträgt weiterhin -0,50 Prozent. Die EZB-Leitzinsen sollen so lange auf ihrem aktuellen oder einem noch niedrigeren Niveau bleiben, bis das Inflationsziel von unter aber nahe zwei Prozent erreicht ist. Die Niedrigzinspolitik des scheidenden EZB-Chefs Mario Draghi habe dafür gesorgt, dass Verbraucher günstig Immobilien finanzieren konnten, sagte Dorothea Mohn von der Verbraucherzentrale Bundesverband im Deutschlandfunk. Um die niedrigen Zinsen zu kompensieren, versuchten Banken aber neue Gebühren zu erheben.

<https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2019/html/ecb.mp191024~438769bd4f.de.html>

https://www.deutschlandfunk.de/europaeische-zentralbank-verbraucher-profitierten-von.697.de.html?dram:article_id=461790

2. Europäische Bankenaufsichtsbehörde gibt Empfehlungen für bessere Information der Verbraucher bei Kauf von Finanzdienstleistungen über digitale Kanäle

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) hat am 23. Oktober 2019 eine Stellungnahme mit Empfehlungen zur besseren Information der Verbraucher beim Kauf von Finanzdienstleistungen über digitale Kanäle veröffentlicht. In der Europäischen Union sind in der Richtlinie über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen Regelungen hierfür festgelegt. Die EU-Kommission prüft derzeit die Wirksamkeit dieser Richtlinie. Die Stellungnahme der EBA enthält Verbesserungsvorschläge für diese Richtlinie. Die Empfehlungen beziehen sich in erster Linie auf den Umfang und die Kohärenz der Offenlegungsregeln, den Zeitpunkt der Offenlegung, das Präsentationsformat und die Zugänglichkeit von Informationen. Darüber hinaus umfassen sie Anzeigen, vorvertragliche Informationen, Widerrufsrechte, Reklamationsbearbeitung und Informationen nach dem

Verkauf. Die Verbraucher sollten über alle Merkmale und Kosten informiert werden.

<https://eba.europa.eu/eba-publishes-opinion-disclosure-consumers-buying-financial-services-through-digital-channels> (Link zu Stellungnahme)

3. Europäische Union plant kein Verbot von Kryptowährungen wie Libra

In einem Interview mit der Nachrichtenagentur Bloomberg erklärte das für die Finanzmärkte zuständige Direktoriumsmitglied der Europäischen Zentralbank, Benoît Cœuré, dass weder die EU-Kommission noch die Europäische Zentralbank stabile Kryptowährungen wie etwa Libra verhindern wollten. Diese müssten aber die höchsten regulatorischen Standards erfüllen. Wenn eine Einlagen- oder Kreditfähigkeit entstehe, sollte sie als Bankdienstleistung reguliert werden.

<https://www.ecb.europa.eu/press/in-ter/date/2019/html/ecb.in191017~555fa07a57.en.html>

GESUNDHEIT / ERNÄHRUNG

1. EU-Maßnahmen für die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung verbesserungsbedürftig

Der EU-Ministerrat begrüßte am 24. Oktober 2019 den Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofs mit dem Titel „EU-Maßnahmen für die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung: Zielsetzung zwar ehrgeizig, doch bessere Verwaltung erforderlich“. Der EU-Ministerrat erinnert daran, dass die Richtlinie über die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung Regeln enthält, wonach Patienten die Kosten für Behandlungen im Rahmen der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung erstattet bekommen. Der EU-Ministerrat nimmt die Hauptfeststellungen des Rechnungshofs zur Kenntnis, und zwar insbesondere die Empfehlung,

- dass die EU-Kommission den nationalen Kontaktstellen mehr Unterstützung und Orientierungshilfen bieten sollte, damit Patienten besser über die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung informiert werden,
- dass sie den grenzüberschreitenden Austausch der Gesundheitsdaten von Patienten besser vorbereiten sollte
- und dass sie den Mitgliedstaaten stärker helfen sollte, Patienten mit seltenen Krankheiten den Zugang zur Gesundheitsversorgung zu erleichtern.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-12913-2019-INIT/de/pdf>

2. EU-Kommission schlägt Beschränkungen für Titandioxid vor

Die EU-Kommission hat am 4. Oktober 2019 den Entwurf einer delegierten Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Kennzeichnung von Stoffen vorgelegt. Auf der Grundlage der vom Ausschuss für Risikobeurteilung der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) veröffentlichten Stellungnahmen schlägt die EU-Kommission vor, Titandioxid in Pulverform als Krebsverdachtstoff in Kategorie („karzinogen bei Einatmen“) einzustufen. Titandioxid wird als Pigment in der Zellstoff- und Papierindustrie sowie in der Keramik-, Farben-, Aluminium-, Druckfarben-, Beschichtungs- und Holzwerkstoffindustrie eingesetzt. Verwender müssen nach der vorgeschlagenen Verordnung über die Vorichtsmaßnahmen informiert werden, die getroffen werden müssen, um die Gefahr für die menschliche Gesundheit möglichst gering zu halten. Die Verordnung kann in Kraft treten, wenn das EU-Parlament und der EU-Ministerrat keine Einwände erheben. Die Verordnung gilt 18 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/initiatives/c-2019-7227_en

3 Weniger Dorsch und weniger Hering aus der Ostsee

Die Fischereiminister der Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben sich am 15. Oktober 2019 auf die zulässigen Gesamtfangmengen für die zehn kommerziell wichtigsten Fischbestände in der Ostsee geeinigt. Sie haben beschlossen, die Fangmöglichkeiten für die meisten Fischbestände zu verringern. Nur die Fangmenge für den Hering im Rigaischen Meerbusen wurde leicht angehoben. Die Fangmenge für Lachs im Finnischen Meerbusen wurde beibehalten.

Bei dem für Deutschland wichtigen Hering in der westlichen Ostsee sinkt die erlaubte Fangmenge um 65 Prozent. Beim Kabeljau in der westlichen Ostsee sinkt sie um 60 Prozent. In der übrigen Ostsee ist Kabeljau nur noch in geringen Mengen als Beifang erlaubt. Freizeitfischer dürfen pro Person und Tag nur noch fünf Exemplare von Kabeljau fangen; im Februar und März dürfen es nur zwei Exemplare sein. Die EU-Kommission hatte unter Bezugnahme auf wissenschaftliche Gutachten noch stärkere Reduzierungen vorgeschlagen, nämlich um 71 Prozent beim westlichen Hering und um 68 Prozent beim westlichen Kabeljau.

https://ec.europa.eu/germany/news/20191015-fangquoten-ostsee_de

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2019/10/15/baltic-sea-council-agreement-on-2020-catch-limits/>

https://www.consilium.europa.eu/media/41053/191014-15-baltic-tacs_table.pdf

TELEKOMMUNIKATION / MEDIEN / INTERNET

1. Positive Bilanz des Datenschutzabkommens zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika (USA)

Anlässlich der jährlichen Überprüfung des Datenschutzabkommens zwischen der EU und den USA („EU-US-Datenschutzschild“) hat die EU-Kommission eine positive Bilanz gezogen. Immer mehr EU-Bürger nutzten ihre Rechte im Rahmen des Datenschutzschilds. Das US-Handelsministerium nehme seine Aufsicht nunmehr systematischer wahr, indem es beispielsweise monatlich bei einer Stichprobe von Unternehmen prüft, ob diese bestimmte Grundsätze des Datenschutzschilds einhalten. Die EU-Kommission empfiehlt jedoch eine Verschärfung des Zertifizierungsverfahrens für teilnahmewillige Unternehmen sowie die Ausweitung der Kontrollen und die Ausarbeitung zusätzlicher Leitfäden für Unternehmen.

Der EU-US-Datenschutzschild wurde am 12. Juli 2016 beschlossen und trat am 1. August 2016 in Kraft. Dieser Rechtsrahmen gewährleistet den Schutz der Grundrechte aller Personen in der EU, deren personenbezogene Daten zu gewerblichen Zwecken an zertifizierte Unternehmen in den USA übermittelt werden.

https://ec.europa.eu/germany/news/20191023-eu-us-datenschutzschild_de

https://ec.europa.eu/info/law/law-topic/data-protection/international-dimension-data-protection/eu-us-data-transfers_en#documents

2. EU finanziert kostenlose Internet-Hotspots in über 140 deutschen Gemeinden

Beim dritten Aufruf der EU-Kommission für kostenlose drahtlose Internet-Hotspots, der im September 2019 stattfand, haben sich rund 11.000 Gemeinden aus der ganzen Europäischen Union (EU) beworben. Als Ergebnis dieser dritten Runde erhalten 1.700 Gemeinden, darunter 142 in Deutschland, Gutscheine im Wert von je 15.000 Euro. Für diese Aufforderung zum Aufbau kostenloser Wi-Fi-Netze im öffentlichen Raum, einschließlich Rathäuser, öffentliche Bibliotheken, Museen, öffentliche Parks oder Plätze, standen insgesamt 26,7 Millionen Euro zur Verfügung. In den beiden vorangegangenen Aufrufen erhielten 6.200 Gemeinden Gutscheine, darunter 720 deutsche Gemeinden.

https://ec.europa.eu/germany/news/20191024-kostenlose-internet-hotspots_de

WIRTSCHAFTSFRAGEN / WETTBEWERB

1. EU-Kommission genehmigt deutsche Rettungsbeihilfe für Condor in Höhe von 380 Millionen Euro

Die EU-Kommission hat am 14. Oktober 2019 das Vorhaben Deutschlands, der Charterfluggesellschaft Condor ein befristetes Darlehen in Höhe von 380 Millionen Euro zu gewähren, nach den EU-Beihilfavorschriften genehmigt. Die Maßnahme soll dazu beitragen, dass Condor seine Luftverkehrsdienste im Interesse der Fluggäste ordnungsgemäß fortsetzen kann. Nach Einleitung der Abwicklung seiner Muttergesellschaft, der Thomas Cook Group, befindet sich Condor in einem akuten Liquiditätsengpass.

https://ec.europa.eu/germany/news/20191014-condor-rettungsbeihilfe_de

2. EU-Kommission verhängt kartellrechtliche Maßnahmen gegen führenden Chiphersteller Broadcom

Die EU-Kommission hat am 16. Oktober 2019 Broadcom angewiesen, bestimmte Bestimmungen in Vereinbarungen mit sechs seiner Hauptkunden nicht mehr anzuwenden. Es lägen starke Anhaltspunkte dafür vor, dass Broadcom, der weltweit führende Anbieter von Chipsätzen für TV-Set-Top-Boxen und Modems, wettbewerbswidrige Praktiken anwendet. Broadcom muss diese Anordnungen innerhalb von 30 Tagen umsetzen. Die einstweiligen Maßnahmen gelten für einen Zeitraum von drei Jahren bzw. bis zum Erlass eines endgültigen Beschlusses über die Praktiken von Broadcom bzw. bis zur Einstellung des diesbezüglichen Prüfverfahrens der EU-Kommission – je nachdem, was zuerst eintritt.

https://ec.europa.eu/germany/news/20191016-broadcom_de

3. Kein europäischer Markenschutz für Rubik's cube

Das Europäische Gericht bestätigte am 24. Oktober 2019 die Nichtigerklärung der Unionsmarke, die aus der Form des „Rubik's cube“ besteht. Auf Antrag von Seven Towns, einem britischen Unternehmen, das die Rechte des geistigen Eigentums am „Rubik's cube“ verwaltete, trug das Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum (EUIPO) im Jahr 1999 die Würfelform als dreidimensionale Unionsmarke für „dreidimensionale Puzzles“ ein. Im Jahr 2006 beantragte Simba Toys, ein deutscher Spielzeughersteller, beim EUIPO die Nichtigerklärung der dreidimensionalen Marke mit der Begründung, dass diese eine in ihrer Drehbarkeit bestehende technische Lösung enthalte und eine solche Lösung nur durch ein Patent, nicht aber als Marke geschützt werden könne. Auf ein

Urteil des Europäischen Gerichtshofs hin, hatte das EUIPO eine neue Entscheidung zu erlassen, die den Feststellungen des Gerichtshofs Rechnung trägt. Das EUIPO löscht daher diese Marke.

Gegen die Entscheidung des Gerichts kann ein auf Rechtsfragen beschränktes Rechtsmittel beim Gerichtshof eingelegt werden. Das Rechtsmittel bedarf der vorherigen Zulassung.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2019-10/cp190131de.pdf>

<http://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=T-601/17>

4. Abnahme des Verbrauchervertrauens in Europa

Der von der EU-Kommission berechnete Index des Verbrauchervertrauens nahm im Oktober 2019 gegenüber dem Vormonat im Euroraum um 1,1 Punkte auf -7,6 Punkte und in der Europäischen Union um 0,9 Punkte auf -7,3 Punkte ab. Der Index liegt in beiden Gebieten noch weit über dem langzeitigen Durchschnitt von -10,7 im Euroraum und -10,0 in der Europäischen Union.

Der Index wird seit Januar 2019 neu berechnet. Er beruht nunmehr auf den Antworten von Verbrauchern auf folgende vier Fragen: (i) Wie hat sich die finanzielle Lage ihres Haushalts in den letzten 12 Monaten entwickelt?, (ii) Was für eine Entwicklung der finanziellen Lage ihres Haushalts erwarten sie in den nächsten 12 Monaten?, (iii) Was für eine Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage ihres Landes erwarten sie in den nächsten 12 Monaten? und (iv) Verglichen mit den letzten 12 Monaten, erwarten sie mehr oder weniger Ausgaben für größere Einkäufe (Möbel, Elektrogeräte, elektronische Geräte usw.) in den nächsten 12 Monaten?

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/fcci_2019_10_en_1.pdf

TERMINVORSCHAU

Rat

Horizontale Gruppe „Fragen des Cyberraums“ (28. Oktober 2019)

Verordnung über europäisches Kompetenzzentrum für Cybersicherheit.

Ratsarbeitsgruppe „Energie“ (29. Oktober 2019)

Kennzeichnung von Reifen.

Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) - 2. Teil (30. Oktober 2019)

Richtlinie zu gedeckten Schuldverschreibungen, Verordnung zu gedeckten Schuldverschreibungen, Richtlinie über die Beaufsichtigung von Wertpapierfirmen, Verordnung über die Beaufsichtigung von Wertpapierfirmen.

Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (31. Oktober 2019)

Kraftfahrzeugversicherung.

Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (4. November 2019)

Nachhaltige Finanzierung.

Ratsarbeitsgruppe „Verbraucherschutz und -information“ (4. November 2019)

Vorschlag für eine Richtlinie über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher (Prüfung von konsolidiertem Kompromissvorschlag).

Ratsarbeitsgruppe „Technische Harmonisierung – Kraftfahrzeuge“ (4. November 2019)

Änderung der Verordnung über die Zulassung von PKW und Lieferwagen hinsichtlich der Emissionen (Euro 5 und Euro 6) und hinsichtlich des Zugangs zu Informationen für Wartung und Reparatur.

Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (5. November 2019)

Schwarmfinanzierung (Crowdlending).

Ratsarbeitsgruppe „Telekommunikation und Informationsgesellschaft“ (5. November 2019)

Rechtsakt über eCommerce/Digitale Dienstleistungen (Informationen der Kommission und Meinungs austausch); Partnerschaft für intelligente Netzwerke (Informationen der Kommission); Entwurf der Schlussfolgerungen des Rates zu 5G (Fortsetzung der Diskussionen).

Rat Wirtschaft und Finanzen – Ecofin (8. November 2019)

Annahme von Gesetzgebungsakten ohne Aussprache („A-Punkte“): Richtlinie zu gedeckten Schuldverschreibungen, Verordnung zu gedeckten Schuldverschreibungen, Richtlinie über die Beaufsichtigung von Wertpapierfirmen, Verordnung über die Beaufsichtigung von Wertpapierfirmen; Verordnung über nachhaltiges Finanzwesen – Referenzwerte, Verordnung über nachhaltiges Finanzwesen – Offenlegung; Richtlinie zur Modernisierung der EU-Verbraucherschutzvorschriften; Verordnung über die allgemeine Sicherheit von Fahrzeugen.

Rat Bildung, Jugend, Kultur und Sport (8. November 2019)

Annahme ohne Aussprache („A-Punkte“): Beschluss des Rates mit dem Ersuchen an die Kommission, eine Untersuchung der Möglichkeiten der Union, die geltenden Rechtsvorschriften in Bezug auf Pflanzenvermehrungsmaterial zu aktualisieren, zu unterbreiten; Beschluss des Rates über den Status neuartiger genomischer Verfahren im Rahmen des Unionsrechts; Beschluss des Rates

über den Standpunkt, der im Namen der EU auf der achten Tagung des Lenkungsorgans des Internationalen Vertrags über pflanzengenetische Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft zu vertreten ist;

Europäisches Parlament

Ausschuss für Wirtschaft und Währung (4. November 2019)

Anforderungen für Zahlungsdienstleister; Europäische Zentralbank – Jahresbericht 2018.

Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (5. November 2019)

Studie zum Thema "Megatrends im Agrar- und Lebensmittelsektor: globaler Überblick und mögliche politische Reaktion aus EU-Sicht".

Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (6. November 2019)

Berichterstattung über die laufenden interinstitutionellen Verhandlungen: Aufstellung des Programms über den Binnenmarkt, Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte; Legislative Kontrollsitzung: Freier Verkehr nicht-personenbezogener Daten in der EU; Präsentation der Tätigkeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle zu Lebensmitteln von zweierlei Qualität und des Abschlussberichts des Hochrangigen Forums für die Verbesserung der Funktionsweise der Lebensmittelversorgungskette.

Ausschuss für Umwelt, öffentliche Gesundheit und Nahrungsmittelsicherheit (6./7. November 2019)

Qualität von Wasser für menschlichen Gebrauch (Bericht über interinstitutionelle Verhandlungen); Illegaler Handel mit Haustieren; Die digitale Transformation von Gesundheit und Pflege im digitalen Binnenmarkt ermöglichen - Stärkung der Bürger und Aufbau einer gesünderen Gesellschaft; Änderung der Verordnung über die Zulassung von PKW und Lieferwagen hinsichtlich der Emissionen (Euro 5 und Euro 6) und hinsichtlich des Zugangs zu Informationen für Wartung und Reparatur; Aussprache mit der Kommission über die Arbeit und den Auftrag der Direktion Gesundheits- und Lebensmittelprüfungen und -analyse der GD SANTE.

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Plenum (30./31. Oktober 2019)

Blockchain und der EU-Binnenmarkt: Wie geht es weiter? (Initiativstellungnahme); Schaffung von Vertrauen in eine auf den Menschen ausgerichtete künstliche Intelligenz; Inklusiver Digitalisierung des Schienenverkehrs; Eine

konstruktivere Rolle für die Zivilgesellschaft bei der Umsetzung von Umweltvorschriften (Sondierungsstellungnahme); Blaue Bioökonomie (Sondierungsstellungnahme); Umsetzung des Aktionsplans für die Kreislaufwirtschaft; Niemanden bei der Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung zurücklassen (Initiativstellungnahme); Integrierte nationale Energie- und Klimapläne.

Europäischer Gerichtshof

Urteil in den verbundenen Rechtssachen C 349/18 bis C 351/18 (7. November 2019)

Unterliegt Zuschlag wegen Schwarzfahrens der Missbräuchlichkeitsprüfung?

Mündliche Verhandlung in der Rechtssache C-693/18 (7. November 2019)

Manipulation von Stickoxidausstoß von Dieselfahrzeugen.

Verbraucherpolitik EU aktuell erscheint alle zwei Wochen. Der Newsletter gibt einen Überblick über aktuelle Termine und relevante verbraucherpolitische Aktivitäten und Vorhaben in der Gesetzgebung der EU.

Newsletter verfasst von

Dr. Ekkehard Rohrer, MPA (Harvard University) – Brüssel

Im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv)